Bericht über die politische Entwicklung in Polen

Monat Juli 1956

A. Innere Entwicklung — Seite: 1

I. Politisches Leben — 1

1) Posener Nachklang — 1
2) Das VII. Plenum des ZK der PZPR — 6
3) BULGANIN beschwört und droht — 7
4) Recht auf Kritik? Ja, aber nicht für jeden — 8
5) Umbesetzung in der Regierung — 9
6) Neubesetzung in der Partei — 10
7) Das Fell des Bären — 11
8) Neuer Kurs der Minderheitenpolitik — 12

II. Wirtschaft

1) Ernteeinbringung - immer das alte Leid — 18
2) Traktoristen und Schimmelreiter — 18
3) Handwerk hat doch einen goldenen Boden — 19
4) Keine "abenteuerliche Politik" in der Landwirtschaft — 20
5) Eile tut Not — 21

III. Kulturelles Leben , soziale Probleme — 23

1) OCHAB gesteht statistischen Betrug — 23
2) Autorität der Gewerkschaftsorganisation — 24
3) Junge Werktätige ausgebeutet — 24

B. Polen und das Ausland

1) Die neue - alte Linie — 25

Innere Entwicklung

I. Politisches Leben

1) Posener Nachklang

Der Volksaufstand in Posen wurde, wie es nicht anders zu erwarten war, lebhaft in der Presse, auf Parteiversammlungen usw. besprochen. Bereits im Junibericht haben wir zu den Ereignissen in Posen Stellung genommen. Bekanntlich, so war die offizielle Stellungnahme, seien sie das Werk imperialistischer Agenten gewesen. Doch diese offizielle Version konnte nicht lange aufrecht erhalten werden. Einerseits war es den Vertretern des Liberalisierungskurses in Polen sehr daran gelegen, die sowieso schon sehr gespannte politische und wirtschaftliche Lage nicht noch durch irgendwelche Terrorakte gegenüber der Posener Arbeiterschaft zu verschärfen. Andererseits war es auch für einen OCHAB nicht ratsam, es mit den Arbeitern endgültig zu verderben. Ohne Zweifel würden gegen die Posener Arbeiter gerichtete Terrormaßnahmen eine Empörung in ganz Polen hervorrufen. Die Position des ersten Sekretärs des ZK ist aber nicht so stark, daß er ohne Rücksicht auf die öffentliche Meinung handeln könnte. Es war offensichtlich, daß in dieser Situation sich die These des Ministerpräsidenten CYRANKIEWICZ durchsetzen würde. Diese These lautete: "Posen war für uns ein Warnsignal. Wenn wir jetzt die Demokratisierung stoppen und das schon Erreichte rückgängig machen, wird das ganze Land gegen uns aufstehen."

So weit man also jetzt die Lage in Polen beurteilen kann, haben die Ereignisse in Posen nicht eine Rückkehr zur alten stalinistischen Linie zur Folge, sondern sie haben den Liberalisierungspolitikern einen neuen Impuls gegeben. Dies soll freilich nicht bedeuten, dass der Posener Aufstand nur eine Beschleunigung der Liberalisierungspolitik nach sich ziehen wird. Es war vorauszusehen, dass nicht nur die CYRANKIEWICZ-Gruppe versuchen würde, aus den Ereignissen in Posen für sich Kapital zu schlagen. Die Gegner des neuen Kurses, an ihrer Spitze OCHAB, konnten die Behauptung aufstellen, eine unkontrollierte Diskussion und Kritik an der Vergangenheit haben eine Atmosphäre geschaffen, in welcher der Ausbruch in Posen reifen konnte. OCHAB konnte diese These auf dem VII. Plenum des ZK durchsetzen. (Ausführlicher darüber im Bericht) Das war aber auch der einzige Sieg der OCHAB-Gruppe. Sonst hat sich die offizielle Beurteilung der Posener Ereignisse der Meinung der "Tauwetter"-Politiker angepasst. Dieser Meinung musste sich, wie wir weiter beweisen werden, auch OCHAB beugen.

Schon am 5. Juli 1956 erschien in "Trybuna Ludu", dem Hauptorgan der Partei ein Artikel, in dem der Verfasser schrieb:

> "Ich versuche nicht, die ganze Tragödie von Poznan in den einen Begriff zu kleiden: Provokation. Bei den Ereignissen von Poznan gab es

zwei Strömungen, die man heute mit blossem Auge unterscheiden kann. Eine Strömung war die Unzufriedenheit der Arbeiter, die sich in Streik und Demonstration offenbarte. Gewiß ist es nicht richtig, wenn Arbeiter in einem Lande, das durch Organe des werktätigen Volkes regiert wird, zu Streik und Demonstration greifen. Die Volksmacht muss alles tun, damit es nie zu derartigen Unstimmigkeiten zwischen ihr und der Arbeiterklasse kommt ... Doch gab es in Poznan auch eine andere Strömung, eine unvergleichlich engere, dafür aber sehr unsaubere."

Ähnlich formulierte es dasselbe Blatt am folgenden Tag, dem 6. Juli:

"Der Posener Donnerstag hatte zwei Tendenzen: Die Unzufriedenheit und Verbitterung der Arbeiter einerseits und die feindlichen Ausfälle gegen die Volksregierung andererseits."

Am 17. Juli veröffentlichte dieselbe Zeitung ein Interview mit dem Generalstaatsanwalt der Republik Polen, Marian RYBICKI. (Dieser ist übrigens ein Mann CYRANKIEWICZs und hat erst vor ein paar Monaten dieses Amt übernommen). Er sagte:

"Die Staatsanwaltschaft unterscheidet mit aller Genauigkeit und Gerechtigkeit bei ihren Untersuchungen zwischen den Arbeitern, die sich unter dem Einfluss der Unzufriedenheit infolge ihrer unerfüllt gebliebenen und zum grossen Teil berechtigten Forderungen am Streik und an der Demonstration beteiligten und den abenteuerlichen, kriminellen und provokatorischen Elementen, die ihre Anregung dazu von ausländischen, polenfeindlichen Mächten erhalten haben."

Die Tendenz dieser Presseberichte ist ganz klar: Man hat sich entschlossen, bei der Beurteilung der Posener Ereignisse nicht die Arbeiter mit der Schuld für das Geschehene zu belasten. Sie haben nur gestreikt und demonstriert, was zwar nicht empfehlenswert ist, nach Meinung der Herren in Warschau, aber auch nicht gesetzlich verboten ist. Schuldig waren die anderen, die Provokateure. Aber auch diese These von feindlichen Agenten wird bei dem Generalstaatsanwalt verwässert. Er spricht von Abenteurern (und meint das polnische Gegenstück zu den "Halbstarken"), Kriminellen, die lediglich die herrschende Unordnung ausnutzen wollten, um zu rauben und zu stehlen und "provokatorischen Elementen", die er den fremdländischen Agenten gleichstellt. Also nicht einmal alle Vertreter der "anderen Strömung" sind hier als "Agenten" gestempelt.

Wer waren denn diese sogenannten "Halbstarken" - in Polen Hooligans genannt - wer waren denn diese Jugendlichen , die an jenem Donnerstag massenhaft die Strassen Posens bevölkerten? Es waren junge Arbeiter, Studenten , sogar

Schüler und unter ihnen viele, die gezwungen waren, in die kommunistische Jugendorganisation einzutreten. Das war die Jugend, die seit 11 Jahren uneingeschränkt der kommunistischen Propaganda ausgesetzt war. Eine Jugend, die in einem verlogenen "Sozialismus" erzogen wurde, die sich um ihre Ideale, um ihren Glauben betrogen fühlte, die die Verlogenheit des Systems mit der einzigen Waffe abzuwehren versuchte, die ihr übrigblieb - mit dem Zynismus. Auch für einen Staatsanwalt in einem kommunistischen Lande schien es nicht ratsam, diese Jugend einfach als feindliche Agenten zu stempeln. Wer war nun diese "fremde Hand", die die Provokateure gelenkt hat?

"Trybuna Ludu" versucht am 7. Juli folgendes glaubhaft zu machen:

> "Dem politisch naivsten Menschen muss auffallen, dass über die Tragödie in Posen sich besonders jene mit grösstem Lärmaufwand erfreut zeigen, die eine revanchelüsterne Wehrmacht gegen Polen aufrüsten. Das sind die Personen, denen in internationaler Hinsicht die Ereignisse in Poznan am meisten gelegen kamen, das sind die Quellen, aus denen die Anstiftung zum Mord kam."

Noch deutlicher formuliert "Przeglad Kulturalny" vom 6./12. Juli diese Ansicht:

> "Ein erster Beweis unserer Schwäche genügt schon, um jene Stimmen laut werden zu lassen. Das Posener Unglück ist geschehen, und hört, mit welcher Stimme Herr von Brentano spricht..." (Kurz nach den Posener Ereignissen distanzierte sich von BRENTANO noch einmal von seiner These, die Rückgewinnung der Ostgebiete wäre illusorisch).

Und nochmals "Trybuna Ludu" am 7. Juli: "Das in Posen vergossene Blut sollte die verrostete Maschinerie des kalten Krieges neu ölen..."

Einerseits versucht sich also das Warschauer Regime von der Verantwortung für das durch die Organe desselben Regimes vergossene Blut reinzuwaschen, indem es behauptet, die westlichen Imperialisten trügen die Schuld. Andererseits aber war es auch den Kommunisten nicht möglich zu bestreiten, daß die politischen und wirtschaftlichen Zustände, unter denen die Menschen in Polen leben müssen, den Streik, die Demonstration und das blutige Nachspiel verursacht haben. Kein geringerer als Edward OCHAB musste dies in seinem Referat während des im Juli d.J. tagenden VII. Plenum des ZK eingestehen. Wir zitieren aus "Trybuna Ludu" vom 20. Juli:

> "Bei der Einschätzung der Ursachen dieser schmerzlichen Vorfälle wäre es falsch, die Aufmerksamkeit besonders auf die Machenschaften der Provokateure und Agenten des Imperialismus konzentrieren zu wollen. Man muss in <u>erster Linie</u> die sozialen Wurzeln dieser Vorfälle suchen, die für unsere ganze Partei ein Warnsignal wurden, und die von erheblichen Störungen in den Beziehungen zwischen der Partei und den einzelnen Abteilungen der Arbeiterklasse zeugen."

OCHAB verwendet hier eine recht eigentümliche Formulierung:

"Einzelne Abteilungen der Arbeiterklasse".

Es war in Polen für jeden klar, dass er die gesamte Arbeiterklasse meinte und nur nicht den Mut fand zuzugeben, dass es in Polen eine tiefe Spaltung zwischen den Arbeitern und "ihrer Partei" gibt. Weiter sagte OCHAB:

"Schon lange vor den Ereignissen in Posen betrachtete die Partei und ihr ZK mit Sorge jene Fragen, die mit der wirtschaftlichen Situation und dem unbefriedigendem Lebensstandard der Werktätigen verbunden sind. Die Verbesserung der Lebensverhältnisse war während des Sechsjahrplanes höchst ungenügend. Als Ergebnis bildete sich in weiten Kreisen der Bevölkerung die Überzeugung, dass Partei und Regierung nicht alles in ihrer Macht stehende getan haben, um den Angestellten und Arbeitern in ihrer schwierigen materiellen Lage Linderung zu bringen. Infolgedessen wurden Stimmen der Unzufriedenheit unter den Arbeitermassen laut, die an die Beendigung des Sechsjahrplanes grosse Hoffnungen auf eine Verbesserung ihrer materiellen Lage geknüpft haben. Alle diese Erscheinungen fanden in den Posener Ereignissen ihren Niederschlag."

Und weiter:

"Wir müssen aus den Ereignissen in Posen die richtigen Schlußfolgerungen ziehen. An dieser Stelle muss mit allem Nachdruck festgestellt werden, daß diese Ereignisse keinerlei Begründung für irgendeinen beliebigen Versuch der Abkehr vom Demokratisierungsprozess sein dürfen. DieEreignisse von Posen beweisen, wie wenig wir erst für eine tatsächliche Überwindung der bürokratischen Entartungen in unserem Staate getan haben..."

Man ist erstaunt, wie sehr sich OCHAB vor der These seiner jetzigen politischen Gegner von der Gruppe der Liberalisierungspolitiker beugen musste. Diese Worte hätte man eher aus dem Munde des Ministerpräsidenten CYRANKIEWICZ erwartet. Soll das etwa beweisen, dass jetzt auch OCHAB zu den Anhängern des liberaleren Kurses übergegangen ist? Das wohl kaum, es beweist lediglich, dass er sich vor der Mehrheit des ZK, vor der Stimmung der ganzen Bevölkerung beugen musste. Man kann ihm nur nachfühlen, denn man weiss, es wurde ihm nicht leicht...

Aber OCHAB wäre nicht "der alte" wenn er nicht gleich eine Einschränkung bei dieser erstaunlichen Feststellung machen würde:

"Andererseits beweisen die Posener Ereignisse, dass der Kurs der Demokratisierung nicht in einer Atmosphäre der Sorglosigkeit erfolgen kann, dass er nicht elementar sein kann, ohne Berücksichtigung der Tatsache, dass es bei uns noch eine Front des Klassenkampfes gibt, dass der Klassenfeind bei uns noch Einfluss hat und jeden Riss, jede Schwäche, jede tatsächliche

Schwierigkeit auf dem Wege unseres Aufbaues ausnützen wird, um unseren Marsch zum Sozialismus zu hemmen."

"Sorglosigkeit"! Der Kurs der Demokratisierung darf nicht in einer Atmosphäre der Sorglosigkeit fortgesetzt werden. Wir werden dieses Wort "Sorglosigkeit" zwei Tage später noch einmal hören, nämlich als OCHAB seinen Chef und Auftraggeber BULGANIN auf dem Warschauer Flugplatz begrüsst. Der sowjetische Premier hat die gleiche Formulierung gebraucht:

"Die jüngsten, von feindlichen Agenten provozierten Ereignisse in Posen, sind ein neuer Beweis dafür, dass die internationale Reaktion ihre wahnwitzigen Pläne einer Wiederherstellung des Kapitalismus in den sozialistischen Ländern nicht aufgegeben hat. Wir dürfen das keinen Augenblick vergessen. Sorglosigkeit wäre unter diesen Umständen unverzeihlich".

Diese Ähnlichkeit der Formulierungen wird hier wohl kaum ein Zufall sein.

Alle Einschränkungen, die OCHAB in seiner Rede auf dem VII. Plenum machte, konnten aber nicht die allgemeine Tendenz abschwächen, Posen aus der Perspektive der Liberalisierungspolitik zu beurteilen. Es bedürfte eines Kampfes zwischen den Vertretern der beiden in Polen rivalisierenden Gruppen, bis sich diese Tendenz durchsetzen konnte. Das bestätigte "Trybuna Ludu" vom 6. Juli, indem sie schreibt:

"Eine weitere Schlussfolgerung der Posener Ereignisse ist für uns eine Notwendigkeit, in unserer Wirtschaft von Worten zu Taten überzugehen. Man muss hier bemerken, dass es vielleicht Genossen geben mag, die vor den - ohne Zweifel grossen Schwierigkeiten - Angst haben, und die es vorziehen würden, die Differenz zwischen Worten und Taten der Partei so zu beseitigen, dass sie ... Worte rückgängig machen. Die Partei teilt diese Auffassung nicht".

Die oben zitierte Zeitung geht in der Beurteilung der Schuldfrage noch einen Schritt weiter:.

"Die Streikaktionen der Posener Arbeiter - man darf diese grundsätzliche und schmerzliche Wahrheit weder beschönigen noch verschleiern - sind in einem nicht geringen Masse durch die bürokratische Einstellung des proletarischen Staates, unseres Staates und unserer Führung hervorgerufen worden."

Hier wird also ganz deutlich auf die Schuld der Partei und der Regierung hingewiesen. Wie haben sich nun die Organe dieser Partei benommen, als die durch Verschulden dieser Partei zur Verzweiflung gebrachten Arbeiter auf die Strasse gingen? Eine Antwort auf diese Frage gibt OCHAB:

"Die Ereignisse in Posen zeigten, dass in den letzten Monaten in vielen

Parteiorganisationen und -organen, die für die Sicherheit der Volksherrschaft zuständig sind, eine politische Demobilisierung zu verzeichnen war. Bei den Posener Ereignissen macht einen die Untätigkeit, ja nicht selten die völlige Desorientierung vieler Parteiorganisationen, betroffen. Das Stadt- und Wojewodschaftskomitee in Posen war völlig überrumpelt, die Parteiorganisationen konnten den Demagogen und Provokateuren nicht organisiert entgegentreten."

Diese Tatsache veranlasste "Trybuna Ludu" vom 6. Juli zu einer Klage:

"Wie konnte es nur geschehen, dass die Posener Parteiorganisation - mit nur wenigen Ausnahmen - eine so weitgehende Nachgiebigkeit zeigte, und dass sie rein zahlenmässig während der Geschehnisse in den für die Partei so lebenswichtigen Dingen so sehr hintenanstand?."

2) Das VII. Plenum des ZK der PZPR

Vom 18. bis 28. Juli war in Warschau die VII. Plenarsitzung des ZK der kommunistischen Partei Polens. Es war die längste Sitzung in der polnischen Satellitenpartei, und sie wurde mehrfach verschoben, bis sie endlich zustande kam. Ein mehrere Monate dauerndes Kräftemessen der beiden rivalisierenden Gruppen um OCHAB und CYRANKIEWICZ ging ihr voraus. Dieses Kräftemessen endete mit einem ziemlich eindeutigen Sieg der Gruppe der Liberalisierungspolitiker, die sich um den Ministerpräsidenten CYRANKIEWICZ scharen.

Die von dieser Gruppe eingenommene Linie siegte in solchen wichtigen Sachen, wie es die Beurteilung der Posener Ereignisse, die Konsequenzen daraus, die Notwendigkeit die Demokratisierung des politischen , wirtschaftlichen und kulturellen Lebens fortzusetzen, eine gemässigte Linie in den Fragen der Kollektivierung der Landwirtschaft, gesteigerte Anstrengungen um die Erhöhung des Lebensstandards der Werktätigen usw. darstellt. Gleichzeitig konnte aber auch die OCHAB-Gruppe eine Einschränkung in der Kritikfreiheit als Parteithese durchbringen.

Während der Tagung wurden zwei Referate gehalten. Der erste Sekretär OCHAB sprach über "Die politische und wirtschaftlich Situation und über die wichtigsten Aufgaben der Partei", der zweite Referent - der Ministerpräsident CYRANKIEWICZ, sprach über die "Grundsätze des Fünfjahrplanes für die Jahre 1956 bis 1960". CHYRANKIEWICZ konnte aber nur am Rande seines Referates die wichtigsten aktuellen Probleme erwähnen, da das Thema seines Referates ihm keine Möglichkeit gab, sich ausführlicher über diese Dinge auszulassen. Diese Tatsache wurde aber dadurch kompensiert, dass OCHAB nicht in seinem eigenen Namen, sondern sozusagen im Namen der Mehrheit des ZK sprechen musste und so dazu verurteilt wurde, die Thesen der Mehrheit - und das waren die Anhänger der Liberalisierungspolitik - in seinem Referat einzubauen.

In den Beschlüssen des VII. Plenums wurden die Hauptthesen der Referate noch einmal wiederholt. Man betonte in den politischen Kreisen Polens, dass der Versuch des sowjetischen Ministerpräsidenten BULGANIN, eine für Moskau angenehmere Linie im gesamten Fragenkomplex des Posener Aufstandes herbeizuführen, scheiterte, weil die Mehrheit der ZK-Miglieder sich nicht einschüchtern ließ.
Die während dieser Sitzung zur Sprache gebrachten wichtigsten Probleme werden in diesem Bericht in mehreren einzelnen Abschnitten ausführlicher besprochen.

3) BULGANIN beschwört und droht ...

Der Besuch des sowjetischen Premiers in Warschau geschah anlässlich des Nationalfeiertages, der in Polen am 22. Juli begangen wird. Er fiel - nicht zufällig - mit der VII. Plenarsitzung des ZK der PZPR zusammen. Aus der Ansprache, die BULGANIN auf der Festakademie in Warschau hielt, verdienen drei Punkte besonders hervorgehoben zu werden.
1) Posen (darüber berichteten wir schon oben)
2) Die polnisch-sowjetischen Beziehungen und
3) Die Grenzen der Kritikfreiheit.

BULGANIN sagte:

"Indem sie sich an die mit dem Kult um die Person Stalins zusammenhängenden Fehler und Mängel klammern , versuchen die Ideologen des Imperialismus Zwist in die brüderliche Familie der freien Völker zu tragen. Sie möchten uns entzweien, um dann mit den einzelnen leichter fertig zu werden. Wir müssen die entstandene Einheit und die brüderliche Freundschaft der Länder und Völker im Lager des Sozialismus heilig halten. Das polnische Volk kann überzeugt sein, dass es in der SU einen treuen und zuverlässigen Freund besitzt. So lassen Sie uns auch in Zukunft die brüderliche Freundschaft ... mit allen Kräften stärken und entwickeln!"

In diesen beschwörenden Worten BULGANINs merkt man sichtlich die Unruhe, die die Entwicklung der letzten Monate in Polen bei den Russen hervorgerufen hat. Solche Beschwörungen waren früher seitens Moskau nicht üblich.
Weiter gibt BULGANIN in seiner Ansprache zu verstehen, dass die polnisch-sowjetischen Beziehungen unter der zügellos geführten Diskussion der letzten Monate sichtlich gelitten haben.

"Es ist bekannt geworden, dass Elemente , die unserer Sache feindlich gegenüberstehen, sich der Presse in den sozialistischen Ländern bedient haben, um ihre giftige Saat zu säen. Gewisse Leute dieser Organe gerieten unter feindlichen Einfluss ... Wir sind nach wie vor der Meinung, dass jedes Land sein Neues zur historischen Praxis des Aufbaus des Sozialismus beiträgt und das es im Interesse dieses Aufbaus notwendig ist, den

sozialistischen Demokratismus mit allen Mitteln zu entwickeln. Wir können jedoch nicht die Versuche übersehen, die internationalen Verbindungen des sozialistischen Lagers unter dem Deckmantel sogenannter 'nationaler Besonderheiten' zu schwächen, ebenso die Versuche, die Macht eines volksdemokratischen Staates unter dem Deckmantel einer vermeintlichen 'Erweiterung der Demokratie' zu unterwühlen. Mögen bei den Leuten, die derartige Versuche unternehmen, subjektiv auch gute Absichten vorhanden sein, diese Leute verstossen gegen die Interessen ihrer Völker, sie handeln zum Schaden der grossen Sache des Sozialismus und der Demokratie."

Diese Worte sind schon eine deutliche Warnung, dass die SU nicht bereit ist, einer zu weit gehenden Verselbständigung des polnischen Satelliten untätig zuzusehen. Diese Drohung hat man in Warschau wohl verstanden, aber die von BULGANIN erwartete Reaktion traf nicht ein. Das VII. Plenum bestätigte ihm zwar, dass es nur im Interesse der Feinde liegen kann, die polnisch-sowjetische Freundschaft zu schwächen, aber die Mehrheit der ZK-Mitglieder hielt es nicht für nötig, deutlich zu den Äusserungen BULGANINs Stellung zu nehmen. Das Plenum fand sich nicht bereit, offiziell festzustellen, dass jede "nationale Besonderheit" und "Erweiterung der Demokratie" verdammungswürdig ist. Dies sollte BULGANIN derartig verstimmt haben, dass er seiner Unzufriedenheit mehrere Male öffentlich Ausdruck gab. Zu einem weitergehenden Bruch kam es indessen nicht. Im Gegenteil, während seines Aufenthaltes in Kattowitz schickte er eine Grußbotschaft an die "Bürger und Bürgerinnen von Schlesien", in der es u.a. hiess:

"Wir freuen uns, dass die Gerechtigkeit einen Triumpf davongetragen hat und Schlesien zu Eurem polnischen Vaterland zurückgekehrt ist. Niemand niemanden wird es gelingen, diesen Akt der Gerechtigkeit anzutasten. Die Westgrenzen und Schlesien sind nunmehr für immer polnisch. Die Garantie dafür wird die Freundschaft der Völker unseres sozialistischen Lagers, die Freundschaft des polnischen und sowjetischen Volkes sein."

4) Recht auf Kritik? Ja, aber nicht für jeden ...

Der erste Sekretär des ZK, OCHAB, konnte während der letzten Plenarsitzung des ZK nur in einem, allerdings sehr wichtigen Punkte, seine politische Linie durchsetzen: Beschränkung der Kritikfreiheit. Er sagte zu dieser Sache folgendes:

"Im Verlauf der letzten Monate entfaltete sich in der Allgemeinheit , auf den Parteiversammlungen und in allgemeinen Organisationen eine breite, aufrichtige, kühne und schöpferische Diskussion, die nahezu alle Gebiete des Lebens berührte. Diese Diskussion verlief im Prinzip auf der Grundlage schöpferischer Kritik, auf der Grundlage des Sozialismus, auf der Grundlage der Partei. Jedoch schon in der Anfangsperiode gab es seitens

wankelmütiger Elemente verschiedene Ausfälle und Erklärungen, die gegen alles bisher Erreichte, gegen die Grundlagen unserer Politik hinsichtlich der SU, gegen die Prinzipien unserer Ideologie verstiessen.
Und es ist notwendig zu sagen, dass der Widerstand gegen diese Erklärungen schwach und unzureichend war. Hinsichtlich der Bedeutung der Freiheit der Kritik, und vor allem der Kritik von unten, dürfen wir nicht vergessen, dass die Freiheit der Kritik nicht die Freiheit einer Kritik von jedermann sein darf. Wir wollen keine Kritik mit feindlichen Stellungnahmen, wir wollen sie nicht und wir lassen sie nicht zu!
"In unserer Presse, die den Interessen des sozialistischen Staates dienen soll, bedeutet die Freiheit der Kritik nicht, dass die Presse ein entstelltes Bild der Wirklichkeit gibt. Eine Anhäufung des kritischen Materials bei einer gleichzeitigen Unterschätzung der positiven Kräfte der Werktätigen, der Partei und der Volksherrschaft, schafft ein unwahres und einseitiges Bild vom Leben. In der Presse lässt man noch unverantwortlicherweise Ausfälle, Verdrehungen von Fakten, Propagierungen von Meinungen und Theorien zu, die weit vom Marxismus-Leninismus entfernt sind. Die grossen Mängel der Parteipresse und vor allem der 'Trybuna Ludu' sind, worauf auch das ZK vor kurzem hinwies, dass sie den antiparteilichen Ausfällen und der bourgeoisen Konterbande nicht entschlossen entgegentrat."

5) Umbesetzungen in der Regierung

Im Laufe des Monats Juli wurden in Polen mehrere Ministerien vereinigt und neubesetzt. Als erstes wurde das Ministerium für Maschinenbau mit dem Ministerium für Autoindustrie zusammengelegt. Der bisherige Minister für Maschinenbau, FIDELSKI, konnte im neuen Ministerium nur den Rang eines Unterstaatssekretärs übernehmen, der bisherige Minister für Autoindustrie wurde gänzlich aus der Regierung entfernt, weil man ihn für die Mißstände in seinem Ressort verantwortlich machte. Das neue Ministerium wird vom bisherigen Minister für Energie geleitet. In ähnlicher Weise wurden auch die Ministerien für Agrarindustrie, Fleisch- und Milchindustrie zu einem neuen Ministerium für Nahrungsmittelindustrie zusammengeschlossen. Anstelle der beiden Ministerien für Forstwirtschaft und Holzindustrie wird es jetzt nur noch ein Ministerium für Forstwirtschaft und Holzindustrie geben. Ebenfalls wurden die Ministerien Ministerium für Wohnungsbau und Bau industrieller Objekte vereinigt zu einem Ministerium für Bauwesen. Das neue Ministerium wird vom bisherigen Leiter der Staatlichen Kommission für Wirtschaftsplanung - Eugeniusz SZYR - geleitet.
Zurzeit des stalinistischen Kurses gehörte SZYR zu den einflussreichen Männern der Warschauer Regierung, und die Planungskommission stellte eine Art Staat im Staat dar.

Sowohl diese Tatsache, als auch alle Planungsfehler, die man in den letzten 6 Jahren begangen hatte, verursachten die Demission SZYRs von seinem einflussreichen Posten und die gleichzeitige Beschneidung der überwucherten Kompetenzen der Planungskommission. SZYR galt als Vertreter der stalinistischen Linie.

Neuer Leiter der Planungskommission wurde Stefan JEDRYCHOWSKI, der schon seit Jahren stellvertretender Ministerpräsident ist und auch weiter auf diesem Posen verbleibt. Da er gleichzeitig auch zum Politbüroanwärter berufen wurde, vereinigt er in seiner Hand zwei Regierungs- und eine Parteistellung, und damit eine ansehnliche Machtfülle.
JEDRYCHOWSKI gilt als begabter Fachmann für Fragen der Nationalökonomie. Man sagt ihm nach, dass er bisher eine Mittelstellung im Machtkampf der beiden rivalisierenden Gruppen eingenommen habe.

Die bisherigen Minister für Wohnungsbau und Industriellen Bau, PIOTROWSKI und BABINSKI, wurden auch zu stellvertretenden Ministern im neuen Ministerium für Bauwesen degradiert.

Eine weitere interessante Nominierung in der Regierung ist die Ernennung von Zygmunt MOSKWA zum Minister für Kleinindustrie und Handwerk. Dies ist aus zwei Gründen interessant. Erstens werden die Interessen des Handwerks in der letzten Zeit stark in den Vordergrund geschoben (darüber berichten wir auch an anderer Stelle), und zweitens ist Moskwa Vertreter der Demokratischen Partei, die sich gerade zur Fürsprecherin des Privatsektors in der Wirtschaft macht.

Bis vor kurzem besass die Demokratische Partei keinen Vertreter in der Regierung mit dem Rang eines Ministers. Im Juni 1956 wurde als erstes ein Mitglied dieser Partei zum Postminister ernannt, als zweiter folgt ihm jetzt MOSKWA. Auch das ist für die Linie der Liberalisierungspolitiker bezeichnend.

6) Neubesetzungen in der Partei

Nach Beendigung des VII. Plenums wurden Umbesetzungen im Warschauer Politbüro veröffentlicht. Man bestätigte den Rücktritt von Jakob BERMAN. Über das Ausscheiden des ehemaligen Ministers für Staatssicherheit - Stanislaw RADKIEWICZ - wurde offiziell nichts verlautet. In das Politbüro wurden 5 neue Mitglieder kooptiert, und zwar 3 als Vollmitglieder (Edward GIEREK, Roman NOWAK und Adam RAPACKI) und zwei als Kandidaten (Stefan JEDRYCHOWSKI und Eugeniusz STAWINSKI).

Über Edward GIEREK konnten wir schon anlässlich seiner Nominierung zum Sekretär des ZK berichten, die im März 1956 erfolgte. Er soll der Gruppe der Liberalisierungspolitiker nahe stehen und einer der wenigen Politbüromitglieder sein, der noch einen direkten Kontakt mit der .
Ein solcher Mann ist unter Politbüro-Bürokraten eine Ausnahmeerscheinung und dies soll wahrscheinlich einen Beweis dafür liefern, dass die Partei gewillt ist, auch die echten Söhne der Arbeiterklasse in ihr Führungsgremium aufzunehmen.

Adam RAPACKI ist ehemaliger Sozialist und ein Freund des Ministerpräsidenten CYRANKIEWICZ. Von 1948 bis 1954 war er schon Mitglied des Politbüros. Nach dem II. Parteitag im März 1954 wurde er aber zum Politbürokandidaten degradiert. Vor einigen Monaten wurde er Aussenminister im Kabinett CYRANKIEWICZ und gewinnt in letzter Zeit sichtlich an Einfluss.

Roman NOWAK ist der einzige Oberschlesier und ehemaliges Mitglied der KPD im Politbüro. Seine Nominierung soll bedeuten, dass man einmal den oberschlesischen Problemen besondere Aufmerksamkeit schenken wird, und zum anderen will man der obeschlesischen Bevölkerung einen Vertreter im höchsten Parteigremium geben.
+ Alle drei neuen Politbüromitglieder haben - was bezeichnend ist - die
+ Kriegszeit nicht in der SU sondern im Westen verbracht. GIEREK als Mitglied
+ der KP Belgiens, NOWAK in Bolivien und RAPACKI in deutscher Kriegsgefangenschaft.
Über den neuen Politbürokandidaten Stefan JEDRYCHOWSKI berichteten wir oben. Der andere Kandidat des Politbüros, Eugeniusz STAWINSKI , hat in den letzten Monaten eine Blitzkarriere gemacht. Bis vor kurzem war er Minister für Leichtindustrie und nur ZK-Kandidat. Nach dem Ausscheiden Jakob BERMANs aus der Regierung wurde er an seiner Stelle zum stellvertretenden Ministerpräsidenten ernannt. Jetzt hat er einen weiteren erstaunlichen Sprung nach oben gemacht, indem er vom ZK-Kandidaten gleich zum Politbürokandidaten avancierte.

Auch das Sekretariat des ZK wurde vergrössert. Witold JAROSINSKI, bisheriger Minister für Volksbildung , wurde jetzt Sekretär des ZK. Bisher trat JAROSINSKI wenig in der Partei auf.

7) Das Fell des Bären ...

Eine recht eigentümliche Polemik lesen wir in der "Nowa Kultura" vom 22. Juli. Das kommunistische Organ des Literatenverbandes spottet über die Ansprüche und "Forderungen", die der "Führer" der sogenannten "fortschrittlichen

Katholiken" - Boleslaw PIASECKI - neulich in seiner Wochenschrift stellte. Bei den progressiven Katholiken handelt es sich um eine kleine und ziemlich bedeutungslose Gruppe, die von der Masse der gläubigen Katholiken Polens als Verräter betrachtet wird. Diese Gruppe wird im polnischen Parlament durch drei Abgeordnete vertreten. Vor kurzem stellte PIASECKI die Forderung auf, man solle ihm bei den nächsten Wahlen eine grössere Anzahl an Mandaten zur Verfügung stellen, weil die gläubigen Katholiken die Mehrzahl der Bevölkerung ausmachen und er der einzige Vertreter dieser Bevölkerungsgruppe sei.

"Nowa Kultura" spottet gutmütig über diese Bocksprünge und bezeichnet das Versprechen PIASECKIs, er wäre für einen entsprechenden Preis bereit, alle Katholiken für den Aufbau des Sozialismus in Polen zu aktivieren, als schamlos.

8) Neuer Kurs in der Minderheitenpolitik

Unter dem Titel "Die Deutschen in Polen" veröffentlichte die Zeitung "Zycie Warszawy" eine Serie von Artikeln (vom 20., 24. und 28. Juli) in denen sie sich mit Problemen der deutschen Bevölkerung in Polen seit 1945 befasst. Schon im Juni-Bericht haben wir eine neue Tendenz der Minderheitenpolitik in Polen angezeigt. Der nachstehende Beitrag ist ein Beweis dafür, dass man heutzutage manches anders sieht, als es noch vor ein paar Jahren der Fall ar. Die neuen Erkenntnisse, die der Artikel aus "Zycie Warszawy" widerspiegelt, werden aber noch einen weiten Weg machen müssen, bis sie Allgemeingut werden, vor allem aber bis sie sich in der Praxis der Verwaltung durchsetzen. Hier geben wir einige Fragmente wieder:

Deutschlandfeindlichkeit?

"Haben wir - ein Volk der Heimatlosen, das viele Male an sich selbst die Tatsache der nationalen Erniedrigung erlebt hat - haben wir doch den Mut, das Problem der vielen heissen Eisen und der nationalen Vorurteile aufzugreifen und zu lösen. Dies ist nicht nur das Privileg der Mutigen, sondern auch die Pflicht der Regierenden.

Die deutsche Bevölkerung beträgt in Polen an die 70.000; sie wohnt, erklärlicherweise, in den wiedergewonnenen Gebieten. Unter der arbeitenden Bevölkerung sind die Landarbeiter und die Bergleute in der Überzahl. Gerade das Milieu der Bergleute aus der Waldenburger Gegend (Walbrzych) dient als Ausgangspunkt für meine Betrachtungen zum deutschen Problem.

Der Journalist ist erfreut zu beobachten, dass sich im Laufe der Zeit - insbesondere des letzten Jahres - vieles zum guten gewendet hat. Die Einstellung der Behörden und Ämter verbessert sich. Im Schulwesen ist für die deutsche Bevölkerung ein Schritt vorwärts getan worden. Die von vielen Deutschen so ersehnte Repatriierung nach Deutschland ist endlich in Fluss gekommen. Im allgemeinen kann man beim Vergleich der heutigen

Situation mit derjenigen vor acht, neun Jahren feststellen, dass jetzt die formale Gleichberechtigung der Deutschen da ist. Wie steht es mit der faktischen? Wollen die Deutschen aus Polen auswandern? Ich bin überzeugt, dass die Mehrzahl der Leser diese Frage für rhetorisch hält - ist doch bekannt, dass sie wollen. Ich weiss aus vielen Gesprächen, dass die echten, rechtschaffenen Polen, die nicht durch den Nationalismus vergiftet sind, ihre diesbezüglichen Ansichten so zusammenfassen: 'Erleichtern wir den Deutschen schnellstens die Ausreise nach Deutschland, entsprechen wir ihren Wünschen, und wir werden dieses Problem loswerden'.
Ich will hier nicht davon sprechen, dass Polen z.B. die deutschen Bergleute nötig hat und ihr plötzlicher Verlust zu einer ernsthaften Erschütterung unserer sozialistischen Wirtschaft führen würde. Indessen denken wir selten daran, dass es Deutsche gibt, die mit unserem Land verwachsen sind."

"... Aber am meisten freue ich mich, dass ich aus meinen Gesprächen entnehmen konnte, dass diejenigen, die wir am meisten schätzen und achten, die deutschen Bergleute, Polen nicht verlassen wollen.
Viele meiner Gesprächspartner erinnerten mich daran, dass Waldenburg die traditionelle 'rote Ecke' sei.
Diejenigen, die Polen nicht verlassen wollen, da sie hier eine Arbeit und ein Zuhause haben, schmerzt die Tatsache der Diskriminierung um so mehr.
Und die anderen? Es ist wahr, viele Deutsche wollen heute aus Polen wegziehen. Was sind das für Leute? Unter meinen Gesprächspartnern waren Personen, deren Familie der Krieg zerrissen hat. Ältere Leute (hauptsächlich diese), die zu ihren Kindern möchten. Unqualifizierte Arbeiter, die niedrigen Lohn beziehen. Die verschiedensten Menschen, die uns aus mancherlei Gründen ein zugefügtes Leid oder einen erlittenen Schaden vorzuwerfen haben. Ein hoher Prozentsatz junger Leute, die teils im Beruf, teils aber auch noch in der Ausbildung stehen.
Warum wollen sie wegziehen? Selbstverständlich sind das Gefühl der nationalen Zusammengehörigkeit, die Sehnsucht nach dem eigenen Milieu, die Notwendigkeit der nationalen Kultur wichtige Faktoren, natürliche Ursachen, die oft im Unterbewusstsein eine Rolle spielen. Nach aussen sind andere Fakten wirksam.
Der niedrige Lebensstandard in Polen und die Nachrichten von einem höheren Lebensstandard in Deutschland sind für viele Polendeutsche der wirkliche Grund. Und die Jugend? Diese sieht keine Perspektiven. Dazu muss man allerdings auch noch diejenigen zählen, und sie sind ein beträchtlicher Prozentsatz, die - gelinde gesagt - Polen nicht lieben und es deshalb verlassen wollen.

Wer an die automatische Liquidierung der nationalen Vorurteile innerhalb einer sozialistischen Ordnung oder während des Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus glaubt, der ist naiv, und wer sie nicht sieht, ist blind. Machen wir uns doch nichts vor. Wer sich vergewissern will, der fahre nach Waldenburg (Walbrzych), Liegnitz (Legnica) und Neurode (Now Ruda) - Fälle von Diskriminierung der Deutschen findet er haufenweise. Hier und da tritt neuerdings eine Besserung ein.
Können wir damit, dass wir die Diskriminierungen auf ein Minimum beschränken, das Problem der Gleichberechtigung erschöpfen?
Ich würde die Dinge vereinfachen, wollte ich die Ursache für die heutige Lage der deutschen Minderheit in Polen ausschliesslich in den letzten Jahren suchen. Die Wurzeln greifen selbstverständlich tiefer. Gegenseitige Vorurteile, der seit Generationen angesammelte und tradierte Ballast der Feindschaft wirken nach. Es ist eine historischeWahrheit, dass viele Jahrhunderte nicht wir Polen die Unterdrücker, sondern umgekehrt die Deutschen die Eroberer waren. Und wie stets fand der Nationalismus der Eroberer sein Äquivalent im Nationalismus der Unterdrückten.
Der Krieg und die Besatzungszeit waren die Höhepunkte der Feindschaft. Es steht jedoch fest, dass sich nach 1945 auf den alten Hass neue Schichten von Ärger und Vorurteilen gelegt haben. Als neue Schichten und darum im gegebenen Augenblick ein besonders brennendes Problem, da nunmehr wir Polen als Sieger und Regierende allmählich zum bestimmenden Faktor wurden. Der Durchschnittsdeutsche fühlte im Jahre 1945 nicht die Schuld seines Volkes.
Die Hauptschuldigen an den Verbrechen (wie NSDAP-Funktionäre, SS- und SA-Männer) die gleich 1945 in die amerikanische Zone ausgerissen sind und demzufolge der Arbeiter zurückblieb, der keine Devisen und Kostbarkeiten besass, der nicht auf die Strasse gehen wollte, da sein Häuschen die ganze Habe seines Lebens darstellte. Die Mentalität eines solchen Menschen und hauptsächlich seines Kindes, das heute erwachsen ist, formt sich unter dem subjektiven Empfinden des Unrechts, das ihm in Volkspolen zugefügt wurde. Dies ist ein fruchtbarer Boden für die Wirksamkeit und Zunahme des Nationalismus.
In der gegenwärtigen Lage gibt es nur eine Alternative: Entweder bleiben die Deutschen, die jetzt in Polen leben, in unserem Lande, und dann ist es besser, dass wir möglichst rasch zu einer vollständigen Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen beitragen - im Namen der politischen und wirtschaftlichen Interessen und im Namen der freiheitlichen Traditionen Polens - oder diese Deutschen verlassen Polen. Woran ist uns dabei mehr gelegen: Dass diese 70.000 augenblicklich in Polen lebenden Deutschen erbitterte Revisionisten werden, die gegen Polen hetzen, oder dass sie Botschafter der Freundschaft in dem mächtigen Lande werden, an das wir -

- ob wir wollen oder nicht - grenzen und dessen Nachbarn wir weiterhin sein werden?"

Fehler, Dummheiten, Sinnlosigkeiten

Auch das parteioffizielle Organ "Nowe Drogi" setzt sich für eine vernünftige und massvolle Politik gegenüber der deutschen Minderheit ein. Offen wird zugegeben, dass die bisher forcierte Polonisierung der in den ehemaligen Reichsgebieten zurückgebliebenen Deutschen nicht nur nicht die erwünschten Erfolge gebracht hat, sondern im Grunde überhaupt falsch und schädlich war. Man habe sie als Menschen zweiter Klasse behandelt, sie nicht ihre eigene Sprache sprechen lassen, ihre Arbeits- und Wohnungsprobleme nicht gelöst. Nachdem "Nowe Drogi" auf die Beziehungen zwischen Polen und der "DDR", einging, heisst es dann wörtlich:

"Die Kränkungen sind nicht verschwunden, der antideutsche Komplex (in unserem Volke, d.R.) besteht noch immer. Wir sind nicht frei von Fehlern und schuldhaftem Verhalten gegenüber den Deutschen, die in den Wojewodschaften Wroclaw, Koszalin und in Opole leben. Es sind Dummheiten, Sinnlosigkeiten, administrativer Übereifer bei der Behandlung schwieriger, tragischer menschlicher Angelegenheiten vorgekommen. Wer in die Provinz reiste, musste sich an den Kopf greifen angesichts all der ihm zu Ohren gekommenen Taten der örtlichen Behörden in der Nationalitätenfrage, worüber aus taktischen Gründen nicht gesprochen und nicht geredet wurde. Man muss den Schwur des Schweigens über dieses Thema brechen; das wird den polnisch-deutschen Beziehungen nur zugute kommen!"

Die Kritik des ZK-Organs der polnischen Kommunisten beschränkt sich aber nicht auf das Deutschen-Problem: Die gesamte Nationalitätenpolitik der letzten Jahre wird aufs Schärfste verurteilt. Offen wird eingestanden, dass man trotz der sowjetisch-polnischen Freundschaft z.B. die ukrainischen und bjelorussischen Minderheiten diskriminiert habe:

"Wir müssen die traurige Wahrheit zugeben. Während der elf Jahre waren unsere Nationalitätenangelegenheiten vom Dunkel der Unwissenheit, einer vom Schweigen gestempelten Unwissenheit, überschattet. Die reaktionären Kreise des Auslands nützten unser Versagen aus und schürten die Nationalitätenfeindseligkeiten. Wir verharrten in bürokratischer Gelassenheit und schwiegen weiter. Die Krankheit schritt vorwärts."

Erstmalig werden von "Nowe Drogi" antisemetische Progrome zugegeben. Bisher wurden solche Ausschreitungen peinlichst verschwiegen - dementiert, wenn westliche Publikationen darüber berichteten. Jetzt heisst es, dass vor allem Schulkinder Beleidigungen ausgesetzt gewesen seien. "Nowe Drogi" wünscht jedoch nicht, die Ausschreitungen zu bagatellisieren:

"Der Antisemitismus...nimmt da und dort die Form einer organisierten Aktion an. Gefährlich sind nicht nur die antisemitischen Ausschreitungen - gefährlich ist auch das Fehlen jeder Reaktion auf diese Vorgänge, eine gewisse moralische Unempfindlichkeit unserer Staatsorgane und sogar unserer Parteigliederungen. So haben in Wroclaw Unbekannte die Denkmäler von Lasalle und dem berühmten jüdischen Geschichtsforscher Greatz geschändet. Das sind schändliche Tatsachen. Sie verlangen Nachdenken und eine sofortige Reaktion."

Nationalitätenpolitik heute und morgen

Nach amtlichen polnischen Feststellungen ergibt sich dieses Bild in der Zusammensetzung der verschiedenen nationalen Minderheiten: 150 000 Ukrainer, 65 000 Deutsche, 30 000 Zigeuner, 20 000 Slowaken. Diese Angaben sind offensichtlich oberflächlich. Von dem jüdischen Bevölkerungsteil wird in widersprechenden Meldungen gesagt, es handele sich um 40 000, ein andermal um 50 000.

In der juristischen Zeitschrift "Prawo i Zycie" unternahm der polnische Innenminister Wladislaw WICHA den Versuch , die bisherigen Bemühungen des Staates um Lösung der Minderheitenfrage in ein positives Licht zu stellen: Die Kritik hat ihre Grenzen.
WICHA betont:

"Die nationalen Minderheiten haben ihre eigenen Zeitungen. So erscheint in Wroclaw die deutschsprachige Zeitung 'Arbeiterstimme', in Bialystok die bjelorussische Wochenzeitung 'Niewa'. Die erste Ausgabe der ukrainischen Wochenzeitschrift 'Nasze Slowo' ist erst kürzlich herausgekommen . Unter den jüdischen Zeitschriften ist das monatlich erscheinende Organ 'Idysze Szriftin' zu verzeichnen, die Zeitschrift für Geschichte 'Bieter far Geszichte, die Tageszeitung 'Folksszime'.

WICHA stellt danach die Existenz verschiedener "Gesellschaften" der Minderheiten fest, von denen er erwartet, dass sie zum Volkswohle arbeiten. Obwohl diese Organisationen bisher ein mehr oder weniger unbeachtetes Schattendasein führten und nur dann offiziell auftreten konnten, wenn ihre Arbeit der stalinistischen Linie entsprach , sagte WICHA verbindlich:

"Diese Gesellschaften tragen zur Entwicklung der nationalen Kultur und der nationalen Kunst der Minderheiten bei. Sie erleichtern dem Staat, die Forderungen und die Bedürfnisse der nationalen Minderheiten besser kennenzulernen."

Bei der Aufzählung der verschiedenen "Kulturellen Gesellschaften" nannte WICHA auch die "Gesellschaft sesshafter Zigeuner".

Der Artikel des Innenministers verspricht für die Zukunft, der Staat werde sich der Belange aller nationalen Minderheiten (ihre Gesamtzahl gibt er mit einer halben Million an) noch in weit grösserem Umfange annehmen. Die Warschauer Regierung wolle nicht nur das Leben der "Gesellschaftlichen Organisation der Minderheiten" aktivieren, sondern der nichtpolnischen Bevölkerung auch die materielle Basis für ihr Eigenleben schaffen. So sollen den Minderheiten in erster Linie mehr und grössere Schulen zur Verfügung gestellt und ihre Literatur gefördert werden.

Ein besonderes Kapitel widmete WICHA der Familienzusammenführung von noch in den ehemaligen deutschen Reichsgebieten lebenden Deutschen mit ihren Angehörigen in der Bundesrepublik. Niemanden werde mehr die Ausreise verwehrt, es werde im Gegenteil jedem alle nur erdenkliche Hilfe geleistet, sofern sein Wunsch nach einem Verlassen der "Volksrepublik" laut werde. Dann heisst es wörtlich:

> "Die Kampagne für die Wiedervereinigung von Familien beseitigt die Folgen des letzten Krieges. Sie entspricht der Politik unseres Staates, der die Interessen der nationalen Minderheiten vertritt."

Aus allem ergibt sich, dass Polen seine Minderheitenpolitik auf eine neue Basis stellen will. Wie weit das in der Praxis auch tatsächlich geschehen wird, bleibt abzuwarten. Schon einmal - nämlich in den Jahren 1952/53 - hatte das ZK der PZPR Beschlüsse gefasst, nach denen die nationalen Minderheiten mehr Bewegungsfreiheit erhalten sollten. Geschehen ist jedoch in dieser Beziehung nicht viel - es sei denn, man wertet beispielsweise die Aussiedelung Deutscher nach der Mitgabe eines grossen Teils ihres Eigentums: Die Zeiten, da man die Ostdeutschen in Güterwagen steckte und ihnen das letzte bisschen Habe wegnahm, sind freilich lange vorbei.

Die neue Minderheitenpolitik Polens geschieht auf Wunsch und Willen des Kremls. Dass sie zugleich aber im ureigensten Interesse Polens liegt, ist unbestreitbar. Polen ist einer der im Entstalinisierungsprozess am weitesten vorgeprellten Satelliten. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung, bedingt durch die ausserordentlich schlechte Versorgungslage, die Vorgänge von Posen und nicht zuletzt die erkennbaren Risse in der Führungsschicht drängen die Warschauer Regierung dazu, den Zündstoff im Lande zu liquidieren oder wenigstens unter Kontrolle zu bringen: Die rücksichtsvollere Minderheitenpolitik ist ein Teil dieses Bemühens.

II . Wirtschaft

1) Ernteeinbringung - immer das alte Leid ...

Mitte Juli hat man in Polen mit der Ernte angefangen. Obwohl man sich in diesem Jahre vorgenommen hatte, den Maschinenpark für die diesjährige Ernte rechtzeitig vorzubereiten, berichtete die Presse am Anfang des Monats, dass die Situation in den MTS sehr viel zu wünschen übrig liess. So schreibt die "Trybuna Ludu" am 5. Juli, dass der Bereitschaftsgrad der MTS in diesem Jahre noch schlimmer sei als im Vorjahre. Drei Tage später schreibt dieselbe Zeitung, dass, obwohl die Einbringung des Roggens begonnen hat, ein grosser Prozentsatz der Erntemaschinen noch nicht einsatzbereit sei. Am 12. Juli schreibt "Trybuna Ludu":

"Die Ernte steht vor der Tür und die Maschinen sind immer noch nicht bereit."

Die MTS in Polen werden in erster Linie auf den Kolchosen, aber auch vielfach bei Einzelbauern eingesetzt.

Am 16. Juli hat der polnische Landwirtschaftsminister KULIGOWSKI vor der Polnischen Presseagentur (PAP) festgestellt, dass man bisher die grössten Verluste durch zu späte Einbringung der Ernte erlitten habe. Diese Verluste umfassen 20-30 %, manchmal sogar bis 50 % des Gesamtertrages. Er appellierte an die Partei- und Verwaltungsorgane, man solle die Bauern mindestens während der Ernte in Ruhe lassen, und sie nicht zwingen, sich an den Produktionsappellen und -versammlungen zu beteiligen, sowie lästige Formulare auszufüllen.

Der Minister für landwirtschaftliche Staatsgüter MOSCZAR (übrigens ein ehemaliger GOMULKA-Anhänger) sagte bei derselben Pressekonferenz: "Obwohl die Zahl der Saisonarbeiter auf den Staatsgütern um 30 000 grösser sei als im Vorjahre, würde auch das nicht genügen, um die Ernte einzubringen. Man ist also auf die Hilfe der Stadtbewohner angewiesen, die wiederum vielfach gelernte Arbeiter sind und dadurch wird die Arbeit in den Fabriken ohne Zweifel leiden. Im übrigen habe man in diesem Jahre für eine bessere Entlohnung, Verpflegung und Unterkunft der Saisonarbeiter und der Stadtbewohner gesorgt - so versicherte jedenfalls der Herr Minister.

2) Traktoristen und Schimmelreiter

Einen verblüffenden Bericht bringt "Trybuna Ludu" am 5. Juli über die Zustände, die in polnischen MTS herrschen. Wir geben das Wort dem Autor des Berichtes:

"33 Traktoristen arbeiten in der MTS Siennica Rozana. Sie waren alle auf den Feldern der benachbarten Produktionsgenossenschaften bei der Arbeit, trotzdem aber herrschte in dem MTS-Sitz ein toller Betrieb.

Wieso? Ja, ganz einfach. Damit diese 33 Traktoristen ihre Arbeit reibungslos verrichten können, hat man einen Verwaltungsapparate geschaffen, der hier 62 Personen umfasst. Ja, 62!
Sie wollen wissen, wer das ist? Also zuerst 7 Agronomen. Diese 'Wissenschaftlichen Berater' zählen im Durchschnitt ganze 18 bis 19 Lenze, haben eben eine Agrarschule beendigt und von der Landwirtschaft wissen sie praktisch weniger als jeder Bauer. Was sie wohl machen? Ach, sie schreiben einfach täglich auf, welche Arbeiten die Traktoristen ausgeführt haben. Dann kommen fünf Brigadiere, drei Rechnungsführer, extra ein Magazinleiter für Brennstoffe und ein anderer für Ersatzteile, ein gewöhnlicher Wächter und ein Wächter gegen Feuer, der Werkstättenleiter und ein Hauptmechaniker, ein wirtschaftlicher Leiter und vier Angestellte der politischen Schulung. Und noch weiter ein Direktor und mehrere Sekretärinnen usw.
Was das alles hier kostet? Nun, im vorigen Jahr kosteten Traktoren und Traktoristen 400 000 Zloty, dagegen die Verwaltungsleute - 740 000.
Denken Sie vielleicht, nur in dieser MTS gibt es solche Zustände? I, wo! Am nächsten Tag fuhr ich zur zweiten MTS in diesem Kreise. Hier gibt es nur 18 Traktoristen. Und der Verwaltungsapparat umfasst 53 Personen.
Das Defizit im vorigen Jahr betrug 990 000 Zl.
Das Durchschnittsgehalt eines Traktoristen - 841 Zl. pro Monat. Das Durchschnittsgehalt eines Verwaltungsangestellten? - 1123 Zloty."

3) Handwerk hat doch einen goldenen Boden

Der lange Jahre hindurch geführte Kampf des kommunistischen Regimes in Polen gegen die Handwerker hat sich nicht gelohnt. Besonders in den Jahren 1950-53 hat man mit allen Mitteln der administrativen Repressalien und wirtschaftlichen Schikanen die Handwerker zwingen wollen, in die staatlich kontrollierten Genossenschaften einzutreten. So hat man viele Tausende gut arbeitender Einzelwerkstätten vernichtet, was aber an ihrer Stelle entstand, konnte sich weder qualitativ noch quantitativ mit der früheren Produktion des Handwerks messen.

Den begangenen Fehler haben die Kommunisten inzwischen eingesehen und versuchen ihn jetzt - mindestens zum Teil - wiedergutzumachen . Die staatlich konzessionierten "Demokraten" aus der Demokratischen Partei haben vonseiten der Regierung den Auftrag bekommen, sich der Sache der Reaktivierung des Einzelhandwerks anzunehmen. "Trybuna Ludu" vom 11. Juli berichtet, dass die Demokratische Partei jetzt die Aufhebung des administrativen und fiskalen Druckes auf die privaten Handels- und Handwerksbetriebe forderte. Ferner müsse man jetzt bessere Arbeitsbedingungen für die Handwerker schaffen. Vor

allen müsse die Willkür der Verwaltungsorgane aufhören, die die Handwerker aus ihren Räumen auf die Strasse setzten. Die Steuer und die Versorgungsbedingungen müssen verbessert werden, und die Zahl der in den einzelnen Betrieben Beschäftigten vergrössert werden. Nach der augenblicklichen Schätzung gibt es jetzt in Polen nur 100 000 Einzelhandwerksbetriebe. Man fordert eine Erhöhung ihrer Zahl auf 250 000.

Auch kleine Handelsbetriebe, die sich unter der staatlichen Regie als nicht rentabel erwiesen haben, wie z.B. ambulanter Handel, Verkaufsstände, Kioske mit Erfrischungen u.ä. sollen jetzt in private Hände übergeben werden.

Der Ministerpräsident CYRANKIEWICZ widmete den handwerklichen Problemen auch einen Teil seines Referates, das er auf dem VII. Plenum des ZK hielt. Er sagte:

> "Man soll ohne Zögern die Entwicklung der selbständigen kleinen, industriellen Betriebe, Handwerks-, Handels- und Dienstleistungsbetriebe unterstützen. Die bisherigen fiskalen Praktiken müssen revidiert werden. Das individuelle Handwerk muss jede nur mögliche Hilfe geniessen. Alle einschränkenden Vorschriften sollen aufgehoben werden. Die Material versorgung muss aufgebessert werden und die Gründung neuer Betriebe erleichtert werden."

Diese Thesen bedeuten schon eine deutliche Distanzierung von der in den ersten Jahren des Sechsjahrplanes herrschenden Sozialisierungswut. Auch sie bedeuten einen deutlichen Sieg der gemässigten Linie innerhalb der polnischen Partei und Regierung.

4) Keine "abenteuerliche Politik" in der Landwirtschaft

Ähnliche gemässigte Tendenzen, wie gegenüber dem Privathandel und Privathandwerk, beobachtete man auf dem letzten Plenum auch in wirtschaftlichen Fragen. Im Referat Edward OCHABs wurde das deutlich betont, als er verlangte:

> "... die Unterbindung abenteuerlicher Tendenzen gegenüber den Großbauern, die Schaffung von Möglichkeiten auch für Großbauernhöfe, ihre volle Produktionskapazität auszunutzen ...".

Den Kulaken soll man jetzt erlauben, ihre Höfe unter ihre Kinder aufzuteilen, wenn sie dadurch den Druck der progressiven Besteuerung vermindern wollen. Ja, man sprach sogar davon, dass ein "anständiger Kulake, der seine Verpflichtungen dem Staate gegenüber erfüllt - unter Umständen in eine Produktionsgenossenschaft aufgenommen werden könnte."

Die landwirtschaftliche Politik unterlag im letzten Jahre mehreren Schwankungen. Während man auf dem IV. Plenum sich praktisch für das Bremsen der Kollektivierung aussprach, gewannen ein paar Monate später die Radikalen die Oberhand

und setzten durch, dass das Tempo der Kollektivierung in den nächsten 5 Jahren viel schneller als bisher fortgesetzt werden müsse. Damals hat man es als einen Sieg des radikalen Flügels im ZK gedeutet und an der Spitze dieser Radikalen stand OCHAB. Man muss staunen, wenn er sich jetzt zum Befürworter der Großbauern macht. Es beeindruckte auch nicht sonderlich, als er gleich darauf davon sprach, "keinen Augenblick aber dürfen wir unsere Hauptaufgabe aus dem Auge lassen: Die notwendige weitere sozialistische Umgestaltung des Dorfes auf der Basis der Produktionsgenossenschaften." Man war in Polen vor die Alternative gestellt: Entweder Steigerung der Produktion der Landwirtschaft, oder Fortsetzung der Kollektivierung. Ein Dritte s gibt es nicht. Wir glauben, dass auch, vor diese Wahl gestellt, OCHAB keinen Augenblick zögern würde, wenn er nur volle Entscheidungsfreiheit hätte. Die hatte er aber nicht, weil er sich der Mehrheit des ZK beugen musste, und so konnten wir diese belustigende Episode beobachten: OCHAB sprach für die Kulaken.

5) Eile tot Not

Es wird von vielen Seiten bestätigt, dass die augenblickliche wirtschaftliche Lage Polens katastrophal ist. Das besonders übel vom Krieg zerstörte Land musste neben den Aufgaben des Wiederaufbaues noch als Versuchsfeld vieler kommunistischer Experimente dienen, die zu einer katastrophalen Verschlechterung der industriellen Produktion, zur Abdrosselung der Produktion der Landwirtschaft und zum Ruin des Handwerks und des Privathandels führten. Damit aber nicht genug. Seit 11 Jahren genieren sich die Russen nicht, das verarmte Land rücksichtslos auszubeuten. Den grössten Teil des polnischen Kohle-, Zement-, Chemikalien-, Maschinen- und Nahrungsmittelexports "erwerben" die Russen zu Preisen, die im Falle der Kohle etwa 15 % des Weltmarktpreises ausmachen: Alle diese Faktoren, vor allem aber die langjährige Exploitation seitens der Russen, haben in der Konsequenz zu der Lage geführt, die heute in Warschau viele Sorgen hervorruft.
So lange das Land stalinistisch regiert wurde, so lange die Löhne der Arbeiter und die Bezüge der Angestellten oft unterhalb des Existenzminimums gehalten werden konnten, ist diese wirtschaftliche Katastrohpe nicht so offen zum Vorschein gekommen. Viele Opfer haben die polnischen Werktätigen freiwillig auf sich genommen, weil man ihnen versprochen hatte, der Sechsjahrplan wird eine durchschlagende Verbesserung des Lebensstandards und dem Lande Wohlstand bringen. Jetzt, nachdem die Zeit abgelaufen ist, fühlen sich in Polen fast alle betrogen. Sie wollen nicht auf die Zukunft mehr vertröstet werden, sie verlangen schon jetzt eine menschenwürdige Existenz. Und ihren Forderungen verstehen sie jetzt Nachdruck zu geben, der, wie Posen es bewies, für das kommunistische Regime gefährlich werden kann.

Die Regierung und die Partei werden jetzt gezwungen, der Bevölkerung die ersten Zugeständnisse zu machen. Der Lohn- und Gehaltsfond in Polen wurde in diesem Jahre um 7 Milliarden Zloty erhöht. Um einer Inflation vorzubeugen, muss die Regierung Verbrauchswaren, die im Lande in ungenügender Menge produziert werden, aus dem Auslande einführen. Die Winterfröste und die gelockerte Arbeitsdisziplin haben eine Senkung der Kohleförderungszahlen mit sich gebracht. Der Kohleexport ist der wichtigste, devisenbringende Export Polens. Die durch den Förderungsausfall fehlenden Mengen, wird man von der Exportquote streichen müssen, natürlich nicht von der Exportquote für Rußland, so weit ist es noch nicht.

Man unternimmt in Polen alle möglichen Versuche, den nahenden wirtschaftlichen Zusammenbruch zu verhindern. Neulich hat einer der wirtschaftlichen Berater der polnischen Regierung - Prof. Oskar LANGE - ein "Sofort-Notprogramm" für die nächsten zwei Jahre aufgestellt. Dieses, in der ersten Julihälfte in der Fachzeitschrift "Zycie Gospodarcze" veröffentlichte Programm wurde später als offizielles Programm der Regierung und der Partei angenommen. Ministerpräsident CYRANKIEWICZ hat es in sein Plenum-Referat eingebaut, und so bekam es den offiziellen Stempel.

"Eine sofortige Aktion ist notwendig" - schrieb LANGE - "um die fortschreitende und wachsende Auflösung der nationalen Wirtschaft aufzuhalten. Darum ist neben dem Fünfjahrplan auch ein Sofortprogramm notwendig, um die nationale Wirtschaft wieder in Ordnung zu bringen." Dieses Plan kleidet Lange in die Form von 10 Punkten; er empfiehlt: "Sofortige Mobilisierung aller verfügbaren Reserven zur Verbesserung der Versorgung und Erhöhung des Lebensstandards der Arbeiterklasse. Alle ökonomischen Mittel müssen verwendet werden, um die landwirtschaftliche Produktion zu steigern. Handwerk und Dienstleistungen müssen hochgebracht werden. Die Distribution der Waren muss verbessert werden. Staatliche Läden müssen das Recht bekommen, direkt bei der örtlichen Industrie und dem Handwerk Waren einzukaufen. Man muss auf die rein qualitativen Erfolge der industriellen Produktion verzichten, weil sie immer nur auf Kosten der Qualität und der Eigenkosten erreicht werden. Import von Kunstdüngemitteln für die Landwirtschaft und von Rohstoffen für die Industrie, besonders für Gebrauchsmittelindustrie. Der Export von Lebensmitteln muss verringert werden. Bei industriellen Investierungen muss man das grösste Gewicht auf die Produktionszweige legen, die die Rohstoffe für andere Industrien erzeugen. Die Arbeiter und Angestellten müssen an den Resultaten ihrer Arbeit interessiert sein. Sie müssen an den Reingewinnen der Betriebe beteiligt werden. Die Auflösung der Wirtschaft war in hohem Grade dadurch ermöglicht, dass die Werktätigen keine Kontrolle über die Arbeit der wirtschaftlichen Bürokratie hatten. Fehler und Mängel wurden unter dem Deck-

mantel des Staatsgeheimnisses getarnt. Eine weitere Demokratisierung des politischen und wirtschaftlichen Lebens wird eine schnelle Verbesserung der auftauchenden Fehler und Mängel ermöglichen."

Ein wichtiges Problem berührt LANGE im folgenden Satz: "Die nihilistische Einstellung eines grossen Teiles der Werktätigen ist die Folge des niedrigen Lebensstandards. Die Massen sehen nicht ein, dass eine wirtschaftliche Politik, die von ihnen solche Opfer und Entbehrungen verlangt, richtig und begründet ist."
Es lässt sich nicht bestreiten, dass in diesem "Sofortprogramm" eine Reihe vernünftiger Vorschläge enthalten sind. Es ist aber kaum wahrscheinlich, dass man allein mit diesen Mitteln die Gefahr der Auflösung Herr werden kann. So lange Polen von den Russen in einem solchen Ausmass ausgebeutet wird, wird es wohl kaum genügen, die Mittel der wirtschaftlichen Vernunft anzuwenden.

III. Kulturelles Leben, soziale Probleme

1) OCHAB gesteht statistischen Betrug

OCHAB auf dem VII. Plenum:

"Das Problem der Steigerung des durchschnittlichen Reallohnes während der letzten 6 Jahre erfordert eine Erklärung. Die Mitglieder des ZK bekamen vom Statistischen Amt eine Aufstellung über die Entwicklung der Reallöhne. Laut dieser Aufstellung sollten die Durchschnittslöhne während des Sechsjahrplanes (1950-55) um 27,6 % gesteigert werden. Die Methoden und Resultate dieser Ausrechnung erwecken ernste Zweifel. Die breiten Massen der Bevölkerung, deren materielle Situation schwer, manchmal sehr schwer ist, werden solche Schlussfolgerungen bestimmt nicht begreifen können. Eine vom ZK eingesetzte Kommission hat ermittelt, dass die Steigerung der Reallöhne innerhalb der fünf Jahre zwischen 1951-55 nur 13 % betrug."

Es ist eine recht sonderbare Methode, auf diese Weise die "Irrtümer" des Statistischen Amtes zu korrigieren. Es veranschaulicht auch krass, mit welcher Rücksichtslosigkeit die Statistik zu betrügerischen Zwecken von den Kommunisten ausgenutztwurde. Diese Fälschung war aber nicht aufrechtzuerhalten, weil sie in einer Zeit, wo die hungrigen Arbeiter auf die Strasse gehen und demonstrieren, von diesen selben Arbeitern als eine Herausforderung aufgefaßt werden musste. Die Herren in Warschau sind jetzt aber nach der Posener Lektion vorsichtiger geworden.
Bei dieser Richtigstellung von OCHAB muss aber bei jeden in Polen die Frage auftauchen: Auf was kann man sich heute noch verlassen?

2) Autorität der Gewerkschaftsorganisation

In einem kommunistischen System sind die Gewerkschaften nichts weiter als noch ein staatliches Organ mehr, das lediglich dazu da ist, die Arbeiter zu immer grösseren Anstrengungen anzuspornen. Was die Arbeiter von einer solchen "Vertretung" halten, stellt "Nowa Kultura" am 29. Juli fest:

"Es ist eine charakteristische Tatsache, dass die Arbeiter in Posen noch vor dem 28. Juni, als sie eine Delegation, die nach Warschau fahren sollte, wählten, prinzipiell nicht damit einverstanden waren, dass die Mitglieder des Betriebsrates sie dort vertreten sollten. Die Autorität der Gewerkschaftsorganisation ist gesunken, und zwar nicht erst seit heute, sondern schon seit vielen Jahren. Damals hatten sich die Gewerkschaften so organisiert, wie wir sie heute kennen: Unselbständig, bürokratisch, ohne konkrete Aufgaben, unaktiv in der Verteidigung der Interessen der Arbeiterklasse."

3) Junge Werktätige ausgebeutet

Der Vorstand der Staatlichen Jugendorganisation (ZMP) führte am 7. Juli eine Pressekonferenz in Warschau durch. Das Hauptthema der Konferenz war die Besprechung der jetzigen Arbeitsbedingungen, unter denen die Jugend zu arbeiten hat. Es gibt in Polen genügend richtig verfasster Gesetze, die den Schutz der Jugend befehlen. Aber diese Gesetze werden nicht beachtet.

Die Gesamtzahl der Jugendlichen, die im "sozialistischen Sektor" beschäftigt sind, beträgt über 250 000. Die gesetzliche Bestimmung lautet, dass die Arbeitsbedingungen für Jugendliche so sein müssen, dass sie neben ihrer Arbeit noch eine Berufsschule besuchen können. Das wird aber in den meisten Betrieben nicht eingehalten. 80 % der Jugendlichen unter 16 Jahren arbeiten, ohne in die Berufsschule zu gehen. Für Jugendliche unter 16 Jahren ist auch der 6-stündige Arbeitstag verbindlich. Es ist aber üblich, dass diese Jugendlichen in den Kohlengruben acht, und als Bauarbeiter nicht selten 12 bis 16 Stunden täglich arbeiten müssen. Die Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren dürfen höchstens acht Stunden täglich und ausserdem nicht nachts und an Sonntagen arbeiten. Aber auch das ist nur eine leere Vorschrift. Es gibt ferner eine Aufstellung aller gesundheitsschädlichen Arbeiten, die Jugendliche nicht ausführen dürfen. Aber die Mehrzahl der Betriebe besitzt solche Aufstellung überhaupt nicht und, wenn sie sie besitzen, kümmern sie sich nicht darum. Auch die gesetzlich vorgeschriebene Urlaubszeit für Jugendliche wird nie eingehalten.

Der Vertreter der ZMP hat die Rolle dieser Organisation als Vertreterin der Jugend folgendermassen bezeichnet:

"Der Anteil der ZMP an diesen traurigen Zuständen ist auch höchst unrühmlich.

Die ZMP beschränkte sich darauf, die jungen Werktätigen mechanisch und einseitig zu grösserer Arbeitsproduktivität anzuspornen, vergass dabei aber gänzlich, dass es noch eine Kehrseite der Medaille gibt: Die Rechte der Jugend."

Wie der Vertreter des Hauptvorstandes feststellte, hat die ZMP aus dieser Erkenntnis die Schlussfolgerungen gezogen. Sie hat eine Reihe von Anträgen an die Regierung gerichtet. Diese sollen eine Verbesserung der bisherigen, gesetzlichen Vorschriften bezwecken und ihre peinliche Einhaltung garantieren. U. a. heisst es: Die Arbeitszeit der Jugendlichen unter 16 Jahren ist auf 4 Stunden täglich herabzusetzen, und für Jugendliche zwischen 16 und 18 Jahren auf sechs Stunden. Das soll natürlich nicht bedeuten, dass sie schlechter bezahlt werden. Die Urlaubszeit soll sich für Jugendliche unter 16 Jahren auf 44 Tage jährlich, zwischen 16 und 18 Jahren auf 30 Tage (bisher 21) belaufen.
Genau wie bei den Gewerkschaften versucht man jetzt auch in der ZMP, die begangenen Fehler zumindest in einem Teil wieder gut zu machen. Hier aber entsteht das Problem, das einer der polnischen Schriftsteller auf der berühmt gewordenen Session des Kulturrates im März 1956 folgendermassen formulierte : "Warum soll immer derjenige die Maschine reparieren, der sie kaputt machte?"

B. Polen und Ausland

Die neue - alte Linie

In den letzten Monaten zeichnete sich eine charakteristische Entwicklung in Bezug auf die deutsche Politik Warschaus ab. Einerseits hat man eine merkliche Abkühlung der Beziehungen zu der nachbarlichen DDR feststellen müssen, andererseits zeigte Warschau immer mehr Interesse, eine Normalisierung der Beziehungen mit der Bundesrepublik zu erreichen. Diese Entwicklung haben wir in früheren Berichten registriert.

Im Monat Juli 1956 scheint es aber, dass sich - mindestens vorläufig - die Karte wieder wendet und die Rückkehr zu einer "traditionellen" Linie erfolgt. Wieder wird die DDR als treuer Bundesgenosse gefeiert, die Bundesrepublik dagegen als Herd des Imperialismus angesehen. In der Zwischenzeit, die die Versuche der letzten Monate von der jetzigen orthodoxen Linie trennt, geschah: Der Aufstand in Posen und die Annahme des Wehrgesetzes im Bundestag. Daher der andere Ton.

Die neueste Tendenz der deutschen Politik Warschaus, die aber an sich eine alte ist, formulierte am 22. Juli, anlässlich des polnischen Nationalfeiertages, der stellvertretende Ministerpräsident und Politbüromitglied Zenon NOWAK folgendermassen:

"Mit tiefer Besorgnis müssen wir feststellen, dass die Kräfte der Militaristen in Westdeutschland wieder stärker werden. In der DDR hat man den dunklen Kräften der Angriffslust und des Chauvinismus einen unbarmherzigen Kampf angesagt. In Westdeutschland dagegen führt der Bundestag ein Militärdienstgesetz ein. Es gibt auch einflussreiche Kreise, die

unter dem Mäntelchen des Euratoms den Deutschen die Atomwaffe in die Hand geben wollen."

Am 6. Juli schrieb "Trybuna Ludu":

"Es genügt die tägliche Zeitungslektüre, um die Überzeugung zu gewinnen, dass der deutsche Militarismus wieder die Zähne fletscht und sich Appetit auf unsere Gebiete macht. Umsomehr muss man die Rolle der DDR betonen, die der erste deutsche Staat ist, der die Oder-Neiss-Grenze und ihre Unantastbarkeit als seine eigene Angelegenheit betrachtet. Die Einstellung der DDR dieser Grenze gegenüber ist frei von konjunkturellen Schwankungen. Sie ist ein und alle Male festgesetzt. In der DDR haben wir einen Freund und Bundesgenossen.